



Forschungs- und Tätigkeitsbericht
des Lorenz-von-Stein-Instituts
für den Zeitraum 19.07.2008 bis 23.07.2009

(für die Veröffentlichung gekürzt)

I. Personal

Im Berichtszeitraum kam es zu einigen personellen Veränderungen im Institut. Nach den zum Teil bestehenden langen Vakanzen (vor allem im Sekretariat) in der Vergangenheit, ist nunmehr beim Personal aber Kontinuität eingetreten, die es dem Institut ermöglicht, sich verstärkt auf die originären Institutsaufgaben zu konzentrieren. Die Aktivitäten des Instituts konnten, insbesondere aufgrund der Bereitschaft des durch Drittmittel finanzierten Personals auch Instituts- und Verlagsaufgaben wahrzunehmen, im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum weiter gesteigert werden.

...

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Prof. Dr. *Utz Schliesky* wurde zum 01.04.2009 zum Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages ernannt. Zudem wurde er im Berichtszeitraum Leiter der Sektion Recht, Wirtschaft, Europa in der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur der Stiftung Herzogtum Lauenburg sowie stellvertretender Vorsitzender der Herrmann-Ehlers-Stiftung zu Kiel e.V.

Am 21. Juni 2009 verstarb das korrespondierende Institutsmitglied Prof. Dr. *Georg Christoph von Unruh* im Alter von 95 Jahren.

Herr Dr. *Martin Nolte*, korrespondierendes Mitglied des Instituts, wurde im Berichtszeitraum auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Privaten Hanseuniversität Rostock berufen und zum Professor ernannt.

Im Berichtszeitraum waren die Stellen im Einzelnen wie folgt besetzt:

...

II. Finanzen

....

III. Gutachten auf Grundlage der Honorarordnung des Instituts

Im Berichtszeitraum wurden die ersten Gutachtaufträge, Vorträge o.ä. nach den Vorgaben der vom Verwaltungsrat am 17.07.2008 beschlossenen Regelung zum Umgang mit entgeltlichen Aufträgen von dritter Seite und der Mitwirkung an sonstigen entgeltlichen Aufträgen oder Veranstaltungen im Sinne des § 4 Abs. 7 des Statuts des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften abgewickelt. Hierzu wurden bisher acht Honorarvereinbarungen zwischen Institut und den beauftragten Mitarbeitern geschlossen. Die vereinbarten Honorare wurden vom Institut vereinnahmt und anschließend gekürzt an die Beteiligten ausgezahlt.

....

IV. Sitzungen der Gremien des Instituts

Im Berichtszeitraum tagte der Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts zwei Mal. Auf den Sitzungen am 11.11.2008 und 03.06.2009 war der Vorstand jeweils vollständig vertreten. Am 03.12.2008 fand zudem eine Sitzung des Verwaltungsrates statt, die der Beschlussfassung über die Errichtung eines Forschungsbereichs „Staatliches Innovationsmanagement“ diente (s.u.).

V. Forschungsbereich „Staatliches Innovationsmanagement“

Auf der Sitzung am 03.12.2008 hat der Verwaltungsrat des Instituts einstimmig beschlossen, am Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften einen abgegrenzten Aufgaben- und Forschungsbereich nach § 4 Abs. 3 Satz 3 des Statuts einzurichten, der den Titel „Forschungsbereich Staatliches Innovationsmanagement“ trägt und dessen Geschäftsführung Prof. Dr. Utz Schliesky übertragen wird.

Der Forschungsbereich dient der organisatorischen Zusammenfassung der zum Thema „Staatliches Innovationsmanagement“ durchgeführten Drittmittelprojekte. Sie hat aufgrund des prägnanten Titels erhebliche Bedeutung für die „Vermarktung“ des Instituts und soll so die Einwerbung zusätzlicher Forschungsmittel erleichtern. Mit der Errichtung des Forschungsbereichs ist keine Schwächung der „Marke“ Lorenz-von-Stein-Institut verbunden; er ermöglicht vielmehr eine Profilierung des Instituts in einem innovativen Forschungsbereich und die bessere Herausstellung der verschiedenen Arbeitsschwerpunkte des Instituts. Weitere Veränderungen sind mit der Gründung des Forschungsbereichs nicht verbunden: Gutachten, Drittmittelprojekte und Fortbildungsveranstaltungen, die dem Aufgabenprofil des Instituts und nicht des Forschungsbereichs entsprechen (bspw. Kommunalrechtliche Fragestellungen, Landesrecht, wissenschaftliche Aufarbeitung des Werkes Lorenz von Steins), werden auch zukünftig unter der „Marke“ Lorenz-von-Stein-Institut durchgeführt bzw. angeboten. Bei der Einwerbung mehrerer Drittmittel zu einem anderen thematischen Schwerpunkt erscheint die Errichtung weiterer abgegrenzter Forschungs- und Aufgabenbereiche

nach dem Vorbild des „Forschungsbereichs Staatliches Innovationsmanagement“ denkbar, was das Profil des Lorenz-von-Stein-Instituts als interdisziplinäres Institut stärken kann.

In den Forschungsbereich eingegliedert werden alle am Institut durchgeführten Drittmittelprojekte, deren thematischen Schwerpunkte sich unter das Oberthema „Staatliches Innovationsmanagement“ fassen lassen. Dies sind vor allem auch alle Projekte, die sich mit der Modernisierung der Verwaltung und E-Government beschäftigen. Die Errichtung des Forschungsbereichs schließt nicht aus, dass andere Drittmittelprojekte, die zum Profil des Lorenz-von-Stein-Instituts passen, eingeworben und durchgeführt werden. Diese werden wie bisher vom Institut organisatorisch (Personal, Haushalt etc.) betreut. Über die Zuordnung von Projekten entscheidet der Vorstand, in Zweifelsfällen der Verwaltungsrat.

Die Finanzierung des Forschungsbereichs erfolgt ausschließlich durch Drittmittel, deren organisatorischen Zusammenfassung und einheitlichen Außendarstellung die Forschungsstelle dienen soll. Die dem Institut zugewiesenen Landesmittel (Titelgruppe 77) werden unverändert ausschließlich für Zwecke des Instituts, insbesondere die Finanzierung der Stelle des gf. Mitarbeiters, der Sekretärin, des Bibliotheksangestellten und der studentischen Hilfskräfte sowie für die Pflege der institutseigenen Bibliothek verwendet werden.

Dem Forschungsbereich „Staatliches Innovationsmanagement“ kommt keine eigene Rechtspersönlichkeit zu. Es handelt sich vielmehr lediglich um eine „Abteilung“ des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften, einer selbstständigen, nichtrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

VI. Veranstaltungen des Instituts

Auch im Berichtszeitraum wurden – wie in der Vergangenheit – Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen regelmäßig zusammen mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft durchgeführt; hinzugekommen ist die Kooperation mit dem Drittmittelgeber ISPRAT e.V.

17./18.06.2008 Wissenschaftliches Symposium „**Vom Behördenschwungel zur unternehmerfreundlichen Verwaltung? – Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung**“ mit Vorträgen u.a. von *Prof. Dr. Utz Schliesky, Prof. Dr. Ulrich Ramsauer, Prof. Dr. Winfried Kluth und Prof. Dr. Jan Ziekow*; veranstaltet in Kooperation mit ISPRAT e.V. in der SAP Geschäftsstelle Hamburg, gemeinsamer Abendveranstaltung im Hotel Hafen Hamburg; am Nachmittag des 18.06. Vorstellung der Ergebnisse der Tagung für die ISPRAT-Mitgliedsunternehmen.

20.06.2008 **12. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht:** Rechtsfragen rund um die Hafenvirtschaft – Aktuelle beihilfen- und vergaberechtliche Probleme der kommunalen Praxis; Vorträge u.a. von *Prof. Dr. Utz Schliesky, Dr. Hans Arno Pätzold und RA Prof. Dr. Wolfgang Ewer, OVG Schleswig*.

- 09.09.2008** Diskussionsveranstaltung „**Föderalismusreform II – Gelingt der Weg aus der Schuldenfalle?**“ mit Vorträgen von *Minister Rainer Wiegand, Prof. Dr. Joachim Wieland* und *Prof. Dr. Hans-Günter Henneke*; Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- 06./07.11.2008** Wissenschaftliche Diskussionsveranstaltung „**Herausforderung e-Government: E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems**“ mit Vorträgen u.a. von *Prof. Dr. Hermann Hill, Prof. Dr. Utz Schliesky* und *Prof. Dr. Ulrich Stelkens*, veranstaltet in Kooperation mit der DHV Speyer.
- 18.11.2008** Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung mit Vortrag von *Prof. Dr. Utz Schliesky* zum Thema „**Von der organischen Verwaltung Lorenz von Steins zur Netzwerkverwaltung im Europäischen Verwaltungsbund**“; Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel.
- 19.06.2009** **13. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht:** Die gerichtliche und außergerichtliche Mediation im Öffentlichen Recht; Umsetzung der EU-DLR im Verfahrensrecht, Rechtsfragen der Breitbandversorgung und des Architektenurheberrechts im Spannungsfeld kommunaler Planungshoheit; Vorträge u.a. von *Dr. Sönke E. Schulz, Dr. Matthias Engelhardt* und *Dr. Tilmann Prinz, OVG Schleswig*.

Geplante Veranstaltungen

- 28.10.2009** „**Netzinfrastrukturen in Schleswig-Holstein**“, gemeinsam mit Lorenz-von-Stein-Gesellschaft und der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Vorträge u.a. von *Prof. Dr. Utz Schliesky, Prof. Dr. Ulrich Schmidt* sowie Podiumsdiskussion u.a. mit *Jörg Bülow (SHGT)*; Haus der Wirtschaft, Kiel.
- 29.10.2009** „**Insolvenz der öffentlichen Hand**“, gemeinsam mit der Kanzlei Petersen/Penzlin/Schmidt-Jortzig, Vorträge u.a. von *Prof. Dr. Utz Schliesky, PD Dr. Michael Bräuninger, Otto Fricke, MdB, Prof. em. Dr. Heinz Grossekketter*; Seegerichtshof, Hamburg.
- 03.11.2009** „**Föderalismusreform II / Schuldenbremse**“ (Arbeitstitel), Vorträge u.a. von Landtagspräsident *Martin Kayenburg, MdL, Prof. Dr. Joachim Wieland*, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- 17.11.2009** **Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung**, Vortrag von *Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem* (angefragt).
- 10./11.12.2009** „**E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems: Staatliches Innovationsmanagement**“, Fortsetzung der Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der DHV Speyer, Landeshaus, Kiel.
- 12.03.2010** „**Festakt zum 30jähriges Bestehen des Lorenz-von-Stein-Institut**“, Vortrag von *Prof. Dr. Andreas Voßkuhle*, Vizepräsident des Bundesverfassungsgericht.

VII. Veröffentlichungen im institutseigenen Verlage

Der institutseigene Verlag konnte im Berichtszeitraum zahlreiche neue Werke veröffentlichen; dabei konnten in einigen Fällen wieder beträchtliche Druckkostenzuschüsse eingeworben werden, so dass auch die Veröffentlichung weniger „rentabler“ Werke finanziell abgesichert ist.

Arbeitspapiere

- Nr. 85** *Caspar/Ewer/Nolte/Waack* (Hrsg.), Kiel 2008.
Festschrift für das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht
- Nr. 86** *Jickeli/Schliesky* (Hrsg.), Kiel 2008.
Aufgaben des modernen Staates in Europa
- Nr. 87** *Klappstein*, Kiel 2008.
Verfassungsrechtliche Grundlagen einer Finanzkontrolle der Kommunen in Schleswig-Holstein
- Nr. 88** *Schliesky/Luch/Neidert*, Kiel 2008.
Die Wiedereinführung der mittelbaren Wahl von Landräten
- Nr. 89** *Nolte* (Hrsg.), Kiel 2008.
Doping und Korruption im Sport
- Nr. 90** *Schliesky/Ernst/Schulz*, Kiel 2009.
Aufgabenbestand, Legitimationsbedarf und Entwicklungspotential der Ämter in Schleswig-Holstein

Quellen

- Nr. 24** *Bull*, Kiel 2008.
Daseinsvorsorge im Wandel der Staatsformen
- Nr. 25** *Schliesky*, Kiel 2009.
Einheit durch Verfassung
- Nr. 26** *Kant/Busch*, erscheint Mitte 2009.
Zum ewigen Frieden – Ein philosophischer Entwurf, sprachlich überarbeitet und neugefasst von Jost-Dietrich Busch
- Nr. 27** *Schliesky*, *erscheint* Mitte 2009.
Von der organischen Verwaltung Lorenz von Steins zur Netzwerkverwaltung im Europäischen Verwaltungsbund
- Nr. 28** *Schliesky*, *erscheint* Mitte 2009
60 Jahre Grundgesetz: Vom Provisorium zur zukunftsgestaltenden Grundordnung

Landesrecht Schleswig-Holstein

- GLSH 1.3** *Hofer*, 3. Auflage, Kiel 2009.
Gesetze des Landes Schleswig-Holstein

Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung

- Nr. 3** Schliesky (Hrsg.), Kiel 2008.
Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung – Teil II: Verfahren, Prozesse, IT-Umsetzung
- Nr. 4** Schliesky (Hrsg.), Kiel 2009.
Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis – Kommentar
- Nr. 5** Kieler Doctores Iuris e.V. (Hrsg.), Kiel 2009.
Die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union und ihre Auswirkungen in Wirtschaft und Verwaltung

VIII. Veröffentlichungen der Mitarbeiter

Im Berichtszeitraum veröffentlichten Vorstand und Mitarbeiter des Instituts nicht nur im institutseigenen Verlag, sondern auch zu den Themen des Drittmittelprojekts und weiteren Aspekten der Verwaltungsmodernisierung in zahlreichen anderen Publikationen.

Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl):

- „**Zwang zur Netzwerkverwaltung am Beispiel der EU-Dienstleistungsrichtlinie**“, in: Schliesky (Hrsg.), Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung – Teil II: Verfahren, Prozesse, IT-Umsetzung, Kiel 2008, S. 91 ff.
- „**Die Aufnahme der IT ins Grundgesetz**“, in: ZSE 6 (2008), S. 304 ff.
- „**Verwaltungsreform als Aufgabe – Das Beispiel Landesverwaltung**“, in: VerwArch 2008, S. 313 ff.
- „**Die europäische Verwaltungszusammenarbeit – Renaissance der Amtshilfe**“, in: Kieler Doctores Iuris e.V. (Hrsg.), Die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union und ihre Auswirkungen in Wirtschaft und Verwaltung, S. 63 ff.
- „**E-Government: Neuer Schub durch die Richtlinie?**“, in: Tagungsband zum XI. Hamburger Wirtschaftsrechtstag, 2009, i.E.
- „**Raumbindung der Verwaltung in Zeiten des E-Government**“, in: Verwaltung und Raum – Zur Diskussion um Leistungsfähigkeit und Integrationsfunktion von Verwaltungseinheiten, Tagungsband zur Jahrestagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, 2009, i.E.
- „**Von der organischen Verwaltung Lorenz von Steins zur Netzwerkverwaltung im Europäischen Verwaltungsverbund**“, in: DÖV 2009, i.E.
- „**Legitimation und Verantwortung im komplexen, arbeitsteiligen Staat – eine Einführung**“, in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Herausforderung E-Government: E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems, Baden-Baden 2009, i.E.

- **„Kommentierung zu §§ 1-3a, 4-8f., 42a, 54-62, 71a-e VwVfG“** in: Knack/Henneke (Hrsg.), Kommentar zum Verwaltungsverfahrenrecht, 9. Aufl. 2009, i.E.

Ass. iur. Anne Neidert

- **„Die Ansprüche privater Dienstleistungserbringer aus der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie“**, in: Kieler Doctores iuris e.V. (Hrsg.), Die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union und ihre Auswirkungen in Wirtschaft und Verwaltung, S. 1 ff. (gemeinsam mit Prof. Dr. Joachim Jickeli).
- **Die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie auf den Verbraucher als Empfänger von Dienstleistungen**, in: Kieler Doctores iuris e.V. (Hrsg.), Die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union und ihre Auswirkungen in Wirtschaft und Verwaltung, S. 25 ff.
- **„Kommentierung zu §§ 23-28 und 31-35 PAuswG“**, in: Schliesky (Hrsg.), Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis – Kommentar, Kiel 2009.

Dr. Anika D. Luch

- **„Kommentierung zu §§ 6-8, 18-20 und 29 PAuswG“**, in: Schliesky (Hrsg.), Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis – Kommentar, Kiel 2009.

Dr. Sönke E. Schulz

- **„Kooperationsmodelle zur Umsetzung des Einheitlichen Ansprechpartners als unzulässige Mischverwaltung?“**, in: DÖV 2008, S. 1028-1036.
- **Rezension zu „Edwin Schulz, One-Stop Government; Verwaltungsorganisationsrechtliche Rahmenbedingungen und verfassungsrechtliche Grenzen für die Umsetzung in Schleswig-Holstein, Kiel 2007“**, in: NordÖR 2008, S. 529-530.
- **Ein eGovernment-Gesetz für Schleswig-Holstein – Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung?**, Die Gemeinde SH 2008, S. 272-278.
- Mit Dr. Dirk Graudenz u.a. **„ISPRAT Whitepaper Elektronisches Identitätsmanagement – Mehr Einfachheit, Datenhoheit und Datensicherheit in unserer virtualisierten Welt“**, herausgegeben von Matthias Kammer, Marie-Therese Huppertz und Horst Westerfeld, 2009.
- **„Gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung zur elektronischen Verfahrensabwicklung (Art. 8 DLR) als Perspektive zur Etablierung eines Rechtsrahmens des eGovernment?“**, in: DVBl. 2009, S. 12-21.
- **„Einführung, Vorbemerkungen, Kommentierung zu §§ 1-5, 9-17, 21, 22 und § 30 PAuswG“**, in: Schliesky (Hrsg.), Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis – Kommentar, Kiel 2009.

- **„Der E-Government-Begriff der Europäischen Union: Die EU-Dienstleistungsrichtlinie als Chance für die Verwaltungsmodernisierung durch E-Government?“**, in: Verwaltung und Management (VM) 2009, S. 3-12.
- **Rezension zu „Caspar/Ewer/Nolte/Waack (Hrsg.), Festschrift für das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht, Kiel 2008“**, in: info, Mitteilungsblatt des schleswig-holsteinischen Richterverbandes, 1/2009, S. 54-57 = NordÖR 2009, S. 249 f.
- **„Das 4. VwVfÄndG – zum weitergehenden Änderungsbedarf im Verfahrensrecht im Kontext der EU-Dienstleistungsrichtlinie“**, in: NdsVBl. 2009, S. 97-103.
- **„Der neue „E-Personalausweis“ – elektronische Identitätsnachweise als Motor des E-Government, E-Commerce und des technikgestützten Identitätsmanagement?“**, in: CR 2009, S. 267-272.
- **„Ist die Pressefreiheit änderungsfest? – ein Beitrag aus Anlass der Frage 12 des Einbürgerungstests“**, in: AfP 2009, S. 121-127.
- **„Rechtsprobleme des Identitätsmanagements“**, in: DuD 2009, zur Veröffentlichung angenommen.
- **„Die kommunale Friedhofssatzung und die EU-Dienstleistungsrichtlinie – eine unendliche Geschichte“**, in: KommJur 2009, zur Veröffentlichung angenommen.

Dr. Anika D. Luch/Dr. Sönke E. Schulz

- **„Rechtliche Vorgaben der EU-Dienstleistungsrichtlinie zur elektronischen Verfahrensabwicklung“**, Anlage B 6 zum Projektbericht des Deutschland-Online-Vorhabens IT-Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, herausgegeben vom Innenministerium des Landes Baden-Württemberg und dem Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, 2008.
- **„eDaseinsvorsorge – Neuorientierung des überkommenen (Rechts-)Begriffs Daseinsvorsorge im Zuge technischer Entwicklungen?“**, MMR 2009, S. 19-24.
- **„Vorgaben der EU-Dienstleistungsrichtlinie zur elektronischen Verfahrensabwicklung – Gemeinschaftsrechtlicher Zwang zur Verrechtlichung des eGovernment und Chance für einen kohärenten und effektiven IuK-Einsatz in der öffentlichen Verwaltung?“**, in: Schliesky (Hrsg.), Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung – Teil II: Verfahren, Prozesse, IT-Umsetzung, Kiel 2009, S. 219-320.
- **„Kontrolldefizite im Binnenmarkt für Dienstleistungen? –Überwachungskompetenzen von Aufnahme- und Niederlassungsstaat nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie“**, in: GewArch 2009, S. 143-149.
- **„Die schwarze Liste unzulässiger Anforderungen an Dienstleistungserbringer (Art. 16 Abs. 2 DLR) als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?“**, in: GewArch 2009, S. 184-186.

- **„E-Daseinsvorsorge staatliche Schutzpflichten und Sozialstaatsprinzip im Lichte der Virtualisierung des Lebens“**, in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Herausforderung E-Government: E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems, Baden-Baden 2009, i.E.

Prof. Dr. Utz Schliesky/Dr. Anika D. Luch/Dr. Sönke E. Schulz

- **„Überlegungen zum Anwendungsbereich der EU-Dienstleistungsrichtlinie“**, in: Wi-Verw 2008, S. 151-175.

Prof. Dr. Utz Schliesky/Dr. Anika D. Luch/Anne Neidert

- **„Die Rückkehr zur mittelbaren Wahl der Landräte in Schleswig-Holstein – ein Angriff auf die Demokratie“**, Die Gemeinde SH 2009, S. 62 ff.

Prof. Dr. Utz Schliesky/Dr. Sönke E. Schulz

- **„Die Rolle des E-Personalausweises im E-Government“**, Kommune21, Heft 7/2009, i.E.
- **„Aufgabenbestand, Legitimationsbedarf und Entwicklungspotential der Ämter in Schleswig-Holstein“**, Die Gemeinde SH 2009, i.E. (mit Dr. Christian Ernst).
- **„Die fehlende demokratische Legitimation der Amtsebene – Problemstellung und Lösungswege**, in: NordÖR 2009, i.E. ((mit Dr. Christian Ernst).

Dr. Anika D. Luch/Mirja Classen

- **„Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung – Tagungsbericht“**, GewArch 2008, S. 394 ff.

Ass. iur Anne Neidert/Christian Willers

- **„Rechtsfragen rund um die Hafenvirtschaft/Aktuelle beihilfen- und vergaberechtliche Probleme der kommunalen Praxis – Tagungsbericht zum 12. Schleswiger Forum“**, NordÖR 2008, S. 378 f.

IX. Vorträge der Mitarbeiter/Teilnahme an Tagungen und Gremienarbeit

Durch die Teilnahme der Mitarbeiter des Instituts an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema „Verwaltungsmodernisierung“, schwerpunktmäßig zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und zum neuen E-Personalausweis, im gesamten Bundesgebiet sowie die beratende und unterstützende Mitarbeit in den verschiedenen Umsetzungsgremien konnte der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Arbeit weiter gesteigert werden.

Hervorzuheben ist bei den Aktivitäten die erneute Teilnahme an der Cebit 2009. Im Public Sector Park wurden mit dem ISPRAT e.V. auf dem Hessen-Stand die gemeinsamen Projekte und das Lorenz-von-Stein-Institut vorgestellt. In diesem Kontext wurde der erste Kommentar zum neuen Personalausweisgesetz, welches die Grundlage des neuen E-Personalausweises schafft, vorgestellt und der Bundesjustizministerin Frau Zypries übergeben. Zudem war das

Institut an weiteren Tagen auf Veranstaltungen der E-Government-Kompetenzinitiative Schleswig-Holstein vertreten.

Im Rahmen des ISPRAT-Forschungsverbundes fanden zahlreiche kleinere und größere Workshops statt. Diese wurden genutzt um das interdisziplinäre Netzwerk des Instituts auszubauen und ggf. neue Kooperationen zu begründen. Im Juni 2009 fand erstmals der ISPRAT-Wissenschaftstag in Darmstadt statt, der zu einem intensiven Austausch der ISPRAT-Wissenschaftler untereinander und mit den Förderern genutzt werden konnte.

Vorträge

- **02.10.2008: „Einheit durch Verfassung“**, Vortrag aus Anlaß des Festakts zum Tag der Deutschen Einheit im Stadthauptmannshof zu Mölln (*Schliesky*).
- **09.10.2008: Kommunale Daseinsvorsorge im Kontext gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbsrechts**, gehalten auf der Jahrestagung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages „Europarecht für Praktiker“, Nordseeakademie Leck (*Neidert*).
- **06.11.2008: „Legitimation und Verantwortung im komplexen, arbeitsteiligen Staat – eine Einführung“**, gehalten auf der Veranstaltung „Herausforderung e-Government: E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems“ in der DHV Speyer (*Schliesky*).
- **13./14.11.2008: „Raumbindung der Verwaltung in Zeiten des E-Government“**, gehalten auf der Jahrestagung der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften „Verwaltung und Raum – Zur Diskussion um Leistungsfähigkeit und Integrationsfunktion von Verwaltungseinheiten“, Potsdam (*Schliesky*).
- **18.11.2008: Von der organischen Verwaltung Lorenz von Steins zur Netzwerkverwaltung im Europäischen Verwaltungsbund**, Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung, Landesbibliothek, Kiel (*Schliesky*).
- **19.11.2008: „Technische und rechtliche Aspekte der Umsetzung“**, gehalten auf dem Kongress „e-nrw“ zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Düsseldorf (*Neidert*).
- **26.11.2008: „Welche Informationen sind künftig für die kooperative Entscheidungsfindung notwendig? - Rechtliche Rahmenbedingungen und Implikationen“**, gehalten auf dem Konvergenzworkshop der E-Government-Kompetenzinitiative im Rahmen der Mediatage Nord, Haus der Wirtschaft, Kiel (*Luch*).
- **Cebit 2009: „Rechtsfragen des Identitätsmanagements und Lösungsansätze“**, gehalten auf dem Hessen Forum E-Government (*Schulz*).
- **23.03.2009: „EU-DLRL – zum gegenwärtigen Stand der Umsetzung in Bund, Länder und Kommunen“**, gehalten im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, im Rahmen des „JuristInnen Netzwerk E-Government“ (*Schulz*).

- **23.03.2009: „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein“**; gehalten im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, im Rahmen des „JuristInnen Netzwerk E-Government“ (*Schulz*).
- **29.04.2009: Podiumsdiskussion zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes „Verwaltung als Hüterin der Grundrechte?“**, Bundesverwaltungsgericht Leipzig (*Schliesky*).
- **25.05.2009: „60 Jahre Grundgesetz: Vom Provisorium zur zukunftsgestaltenden Grundordnung“**, Vortrag aus Anlass des 60. Geburtstages des Grundgesetz, gehalten im Stadthauptmannshof zu Mölln (*Schliesky*).
- **27.05.2009: „60 Jahre Grundgesetz: Vom Provisorium zur zukunftsgestaltenden Grundordnung“**, Vortrag aus Anlass des 60. Geburtstages des Grundgesetz, gehalten in der Hermann Ehlers Akademie, Kiel (*Schliesky*).
- **19.06.2009: „Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Verwaltungsverfahrensrecht“**, gehalten auf dem 13. Schleswiger Forum für Öffentliches Recht, OVG Schleswig (*Schulz*).
- **25.06.2009: Identitätsmanagement: Rechtsfragen und Lösungsvorschläge am Beispiel von Datennotaren und E-Personalausweis**, Vortrag auf dem ISPRAT-Wissenschaftstag, Darmstadt (Neidert/Warnecke).

Mitarbeit in Gremien etc.

- Das Lorenz-von-Stein-Institut ist Teil der **E-Government-Kompetenzinitiative** des Landes Schleswig-Holstein, die der Vernetzung aller E-Government-Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Wissenschaft dient.
- Das Lorenz-von-Stein-Institut nimmt beratende Aufgaben im Rahmen der **Projektstruktur des Landes Schleswig-Holstein zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie** wahr; Mitarbeiter nehmen regelmäßig an den Sitzungen der **Arbeitsgruppe „Recht und Organisation“** teil.
- Das Lorenz-von-Stein-Institut unterstützt das **DOL-Projekt „IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie“**; Mitarbeiter nehmen regelmäßig an den Sitzungen der **Arbeitsgruppe „Recht, Organisation, Prozesse“** sowie der **Unterarbeitsgruppe „Recht“** teil; zu den Anforderungen der Richtlinie mit IT-Bezug wurde ein Gutachten erstellt, das zusammen mit dem Abschlußbericht (sog. Blaupause) veröffentlicht wird. Zudem wurden datenschutzrechtliche Aspekte von Mitarbeitern des Instituts für den Abschlußbericht aufgearbeitet.
- Der geschäftsführende wissenschaftliche Mitarbeiter *Dr. Sönke E. Schulz* ist Mitglied des **„JuristInnen Netzwerks E-Government“**, das der Vernetzung der Juristen der Ministerien der Länder dient, die sich mit Rechtsfragen des E-Government befassen. Hierzu wird halbjährlich eine Tagung ausgerichtet (bisher 2x Hamburg, 1x Wiesbaden).

- Der geschäftsführende wissenschaftliche Mitarbeiter *Dr. Sönke E. Schulz* ist Mitglied des Tracks „E-Government“ auf der **Multikonferenz Wirtschaftsinformatik 2010** in Göttingen.
- Zudem haben die Mitarbeiter des Instituts eine Vielzahl von **Workshops, Tagungen und Messen** besucht (Auswahl: Summer School Vergaberecht, Bochum; Kick-Off-Workshop Datennotar, Fraunhofer Fokus Berlin; E-Government Expertenworkshop von T-Systems, Kiel; Mediatage Nord, Kiel; E-Government-Konferenzworkshop, Kiel; Effizienter Staat, Berlin; Kolloquium „Elektronische Verkündung von Rechtsvorschriften im Internet“, Berlin; Assistententagung, Bonn).

X. Fortbildungsveranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden neben den öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen auch Fortbildungen für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein angeboten. In Kooperation mit der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung - **KOMMA - Kompetenzzentrum für Verwaltungsmanagement** wurden bisher vier Veranstaltungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der deutschen Verwaltung angeboten:

- **10.12.2008** (2 Veranstaltungen jeweils halbtägig): **Normenprüfung – - Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie** (*Luch*)
- **20.05./15.06./09.07.2009** (3 Veranstaltungen jeweils ganztägig): **Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der kommunalen Praxis** (*Schulz*)

Der geschäftsführende wissenschaftliche Mitarbeiter *Dr. Sönke E. Schulz* wird zudem im 2. Halbjahr 2009 und 1. Halbjahr 2010 als Dozent Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Bürgertelefon 115“ am **Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe** anbieten.

XI. Stellungnahmen

Im Berichtszeitraum wurde das Lorenz-von-Stein-Institut vom Innen- und Rechts- bzw. Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu zwei Gesetzesentwürfen angehört. Das Institut kam dieser Bitte jeweils nach, die Stellungnahmen sind als Umdrucke des Landtages der Öffentlichkeit zugänglich:

- **„Stellungnahme zum Entwurf eines E-Government-Gesetzes für das Land Schleswig-Holstein, LT-Drs. 16/2437“**, veröffentlicht als Umdruck 16/4226 des Schleswig-Holsteinischen Landtages (*Schulz*).
- **„Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur innerkommunalen Funktionalreform für das Land Schleswig-Holstein, LT-Drs. 16/2632“** (*Schulz/Warnecke*).